DOKUMENTATION
BETEILIGUNGSKONGRESS
BADEN-WÜRTTEMBERG

2017

viel<mehr<gemeinsam

Beteiligungskongress
Baden-Württemberg
24. März 2017 | Esslingen am Neckar

WIR DANKEN ALLEN VERANSTALTERN UND PARTNERN DES KONGRESSES:

Zudem möchten wir den vielfältigen Helferinnen und Helfern des Beteiligungskongresses danken, die maßgeblich zum guten Gelingen des Veranstaltungstages beigetragen haben.

Unser besonderer Dank gilt dabei den Protokollanten der einzelnen Foren. Durch ihren Beitrag für die Veranstaltungsdokumentation haben sie einen wichtigen Anteil dazu beigetragen, die Inhalte des Kongresses auch in Zukunft für die Teilnehmenden und interessierte Personen zugänglich zu machen.

IMPRESSUM

Allianz für Beteiligung

HERAUSGEBER:

Initiative Allianz für Beteiligung e.V.
Königstraße 10 A, 70173 Stuttgart
www.allianz-fuer-beteiligung.de

REDAKTION:
Dr. Miriam Freudenberger
Lisa Weis

UMSETZUNG – GEFÖRDERT VON:

Staatsministerium Baden-Württemberg

Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Baden-Württemberg Stiftung

Robert Bosch Stiftung

Breuninger Stiftung

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Führungsakademie Baden-Württemberg

GESTALTUNG:

Jochen Gabriel – Büro für Gestaltung
www.jgbfg.com

BILDNACHWEIS:

Titelbild: ©Photobank/ fotolia.com

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 4

EIN PLÄDOYER FÜR DIE DEMOKRATIE 5
In Auszügen: Ministerpräsident Winfried Kretschmanns Rede beim Beteiligungskongress

SCHWERPUNKTTHEMEN DES KONGRESSES 8
Ergebnisse:
MIGRATION/ INTEGRATION 9
Ergebnisse:
JUGENDBETEILIGUNG 10
Ergebnisse:
BETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM 11
Ergebnisse:
GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT 12

EINBLICKE IN DEN KONGRESSTAG 15
Zum Thema:
MIGRATION/INTEGRATION 15
Zum Thema:
JUGENDBETEILIGUNG 22
Zum Thema:
BÜRGERBETEILIGUNG IN LÄNDLICHEN GEBIETEN 29
Zum Thema:
GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT 35

VERANSTALTER 41

UNTERSTÜTZER 42

VORWORT

Gemeinsam mit über 500 Teilnehmer_innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik haben wir im März auf dem Beteiligungskongress in Esslingen diskutiert, wie Bürgerbeteiligung zur Stärkung demokratischer Strukturen beitragen kann. Unter dem Motto viel < mehr < gemeinsam haben wir uns hierbei mit Fragestellungen auseinandergesetzt, die unser Bundesland aktuell bewegen: Die Integration von Menschen mit Fluchterfahrung. Ein hohes Engagement von vielen – aber auch Menschen, die sich »abgehängt« fühlen. Große Herausforderungen im ländlichen Raum, weil Menschen lieber in der Stadt wohnen möchten. Und: wie können wir es schaffen, Jugendliche wieder mehr für Politik zu begeistern?

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, eröffnete mit einer Grundsatzrede zur Bedeutung der Beteiligung in Baden-Württemberg den Kongresstag.

Anschließend konnten die Teilnehmer_innen in vier Themenfeldern **MIGRATION/ INTEGRATION**, **BETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM**, **JUGENDBETEILIGUNG** und **GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT** Vorträge besuchen, sich an Thementischen zu Projekterfahrungen austauschen und Methoden der Bürgerbeteiligung kennenlernen. In kleinen Gesprächsrunden hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, mit Staatsrätin Gisela Erler, Minister Manne Lucha, Dr. Helga Breuninger, Christoph Dahl und weiteren Persönlichkeiten ins direkte Gespräch zu kommen.

Unser Ziel war es dabei, gemeinsame Antworten zu finden und Lösungsansätze zu entwickeln, wie Bürgerbeteiligung zur Stärkung demokratischer Strukturen beitragen kann. Unser Anliegen war es herauszufinden, wie Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb von Wahlen die Gesellschaft gestalten können. Gemeinsam haben wir herausgearbeitet, welche Fähigkeiten es in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung braucht, um gesellschaftliche und politische Fragen mehr »im Miteinander« anzugehen. Und wie durch aktive Beteiligung das Vertrauen geschafft werden kann, das wir für eine lebendige Demokratie brauchen.

Diese Dokumentation gibt Einblicke in die Arbeit am Kongresstag und fasst zentrale Ergebnisse der Diskussionen zusammen.

Viel Spaß beim Lesen!

EIN PLÄDOYER FÜR DIE DEMOKRATIE

In Auszügen: Ministerpräsident Winfried Kretschmanns Rede beim Beteiligungskongress

STÄRKE DER DEMOKRATIE

Den Auftakt für den Veranstaltungstag setzte Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit seiner Eröffnungsrede. Dabei betonte er, dass der Beteiligungskongress in den momentanen Zeiten des Umbruchs ein wichtiges Signal sendet. Denn bisher gewonnene Freiheiten wie die Presse- und Religionsfreiheit, aber auch die Rechte von Minderheiten seien derzeit in Frage gestellt. Nationalismus und Abschottung sind für ihn aber nicht der richtige Weg, um den Ängsten der Bürgerinnen und Bürgern vor Terrorismus und Globalisierung entgegenzuwirken. Vielmehr ermögliche nur eine offene Gesellschaft auch einen offenen Blick auf die Welt. Demnach brauche es heute eine starke Demokratie, denn diese stelle die beste Lösung für den Umgang mit Verunsicherungen dar. »Die Stärke der Demokratie ist eben gerade, dass es keinen starken Mann gibt, der sagt, wo es lang geht. Sondern, dass sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen, dass sie mitentscheiden!«, so der Ministerpräsident.

BÜRGERBETEILIGUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG STÄRKEN

Er betonte weiter, dass der Ausbau der Strukturen von Bürgerbeteiligung für das Land von großem Wert ist. Zukünftig sei es wichtig, noch viel mehr Personengruppen einzubeziehen und an Strukturen der Bürgerbeteiligung heranzuführen, um gemeinsam nach Lösungen und Kompromissen zu suchen. »Alle gemeinsam müssen wir einen Weg gehen, der noch stärker als bisher die Vielen einbezieht. Und nicht nur die Wenigen, die in Parlamenten oder Regierungen die politischen Weichen stellen.« Das Engagement der Bürger_innen in Gemeinderäten oder Vereinen und Initiativen sei von besonderer Bedeutung, da diese unverzichtbare Dienste für die Menschen und den lokalen Zusammenhalt leisten. Diese engagierten Bürger_innen setzen sich dafür ein, mitentscheiden zu können, wie aktuelle Umfragen (Demokratie Monitoring) zeigen. Deshalb ist es auch aus Behördensicht zunehmend wichtiger geworden, Bürger_innen in Entscheidungsprozesse zu integrieren, lautete die Aussage des Ministerpräsidenten.

SCHULEN DER DEMOKRATIE

Laut Herrn Kretschmann stellen alle Formen der Zivilgesellschaft kleine Schulen der Demokratie dar, jeder Verein, jedes Netzwerk. Diese Lernstätten seien von großer Bedeutung, da Demokratie kein statisches Element sei, sondern sich beständig neu begründen und legitimieren müsse. »Demokratie ist nichts Statisches, nichts, dass man einmal hat. Sie muss immer wieder neu begründet, neu befeuert und neu mit Leben gefüllt werden. Nur dann hat sie Bestand!«, erklärte der Ministerpräsident in seiner Rede.

JUGENDBETEILIGUNG STÄRKEN

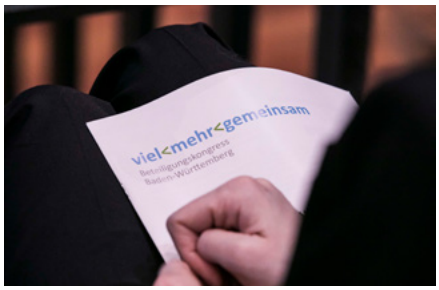
Um die demokratischen Strukturen bereits früh zu verankern, sei auch der Bereich der Jugendbeteiligung besonders wichtig: »Ein wenig stolz sein können wir auch darauf, was wir in den vergangenen Jahren im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung verändert haben. (…) Wer als Kind oder Jugendlicher schon erfahren hat, wie Beteiligung geht, der möchte sie auch später nicht mehr missen«, so Ministerpräsident Kretschmann.

FÖRDERUNG DIALOGISCHER STRUKTUREN

Es ist wichtig, so der Ministerpräsident weiter, dass der Dialog und die ehrliche Auseinandersetzung gefördert werden, da sich Pluralität oftmals in einem unverbundenen Neben- oder sogar Gegeneinander äußert. Die Demokratie müsse dafür Sorge tragen, unterschiedlichste Interessen zusammenzuführen. Toleranz gegenüber und die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden seien dabei unverzichtbar. Hier sollten gemeinsam Kompromisse gefunden werden, ohne die innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft kein Zusammenhalt möglich ist. Hierbei betonte er insbesondere, wie wichtig Engagement und Beteiligung für die demokratischen Strukturen sind: »Beteiligung ermöglicht uns, Populismus und Unzufriedenheit in unserem Land energisch die Stirn zu bieten. Ein Mehr an Partizipation bedeutet auch, Verantwortung zu übernehmen, den gemeinsamen Dialog zu suchen und Kompromisse zu finden. Sie fördert also genau die Kompetenzen, die wir brauchen, um die Demokratie insgesamt zu stärken. Wie lebendig die Demokratie in Baden- Württemberg ist, zeigt eben dieser heutige Kongress«, so der Ministerpräsident.

Die vollständige Rede finden Sie unter www.allianz-fuer-beteiligung.de/materialien/

Als Broschüre und in gedruckter Form können Sie die Rede direkt auf der Seite des Staatsministeriums Baden-Württemberg bestellen:
https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/vom-wesen-der-zivilgesellschaft/


viel<mehr<gemeinsam
Beteiligungskongress
Baden-Württemberg

SCHWERPUNKTTHEMEN DES KONGRESSES

In den vier Schwerpunktthemen des Kongresses **MIGRATION/ INTEGRATION**, **BETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM**, **JUGENDBETEILIGUNG** und **GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT** konnten die Teilnehmer_innen Vorträge besuchen, sich an Thementischen zu Projekterfahrungen austauschen und Methoden der Bürgerbeteiligung kennenlernen. Die Inhalte der einzelnen Foren sowie zusammengefasste Ergebnisse aus den Gesprächsrunden finden Sie im Folgenden unterteilt nach den einzelnen Themenbereichen des Kongresses.

Das Angebot auf dem Beteiligungskongress hat eine große Vielzahl an Themen und Projekten aufgezeigt, in denen Bürgerbeteiligung eine Rolle spielt. Hierbei handelt es sich nur um einen kleinen Ausschnitt der Gesamtstruktur.

FÖRDERUNG VON DIALOG

Wie sich in den Gesprächen auf dem Beteiligungskongress 2017 gezeigt hat, sind Bürgerbeteiligung und die Förderung von Dialog die richtigen Antworten auf einen weiteren – grundlegenden – Wandel in unserem Land. Dabei gilt: Bürgerbeteiligung ist nicht gleich Bürgerentscheidung. Bürgerbeteiligung soll Handlungsoptionen schaffen. Von daher ist es unerlässlich, dass es innerhalb von Bürgerbeteiligungsverfahren Handlungsspielräume gibt, sei es im Verfahren, oder auch zum Verfahren selbst. Wichtig ist es zudem den Dialog in den unterschiedlichen Themenbereichen zu suchen, diesen nicht abreißen zu lassen und kontinuierlich weiterzuführen. Es ist wichtig, frühzeitig über geplante Maßnahmen zu berichten und zu informieren. Diese Kommunikation sollte auch weiterhin aufrechterhalten und mit maximaler Transparenz geführt werden. Dazu zählt auch, nur dann zu beteiligen, wenn es Handlungsoptionen gibt.

ZIVILGESELLSCHAFT STARK MACHEN

Wichtig ist, dies wurde auf dem Kongress deutlich, dass die Zivilgesellschaft gestärkt wird. Hierfür werden insbesondere Bürgerstiftungen als richtungsweisend erachtet, da sie »Politik für die Zivilgesellschaft« betreiben können, und zu einem guten Standing ehrenamtlichen Engagements in der Kommune beitragen.

Es gilt, das Motto des Beteiligungskongresses verstärkt zu leben. »viel < mehr < gemeinsam« können wir dazu beitragen, die Beteiligungsstrukturen in Baden-Württemberg weiter auszubauen und zu festigen. Denn nur gemeinsam und im Dialog kann die Demokratie ihre volle Stärke entfalten.

ERGEBNISSE **MIGRATION/ INTEGRATION**

INTEGRATION ALS AUFGABE IN DEN KOMMUNALEN STRUKTUREN VERANKERN

Im Themenbereich Migration und Integration zeigte sich innerhalb der Gespräche, dass Maßnahmen der Bürgerbeteiligung ein wichtiges Element darstellen können, um die demokratischen Strukturen vor Ort zu stärken. Gleichzeitig sind Bürgerbeteiligungsprozesse ein gutes Beispiel und Instrument, um demokratische Strukturen zu vermitteln, wie sich am Beispiel der Flüchtlingsdialoge zeigt. Wichtig für die Koordination solcher Prozesse, aber auch der gesellschaftlichen Aufgabe »Integration« an sich, ist die feste Verankerung in der Kommune. Die Ergebnisse des Kongresses zeigen, dass die Teilnehmer_innen eine Anlaufstelle innerhalb von Städten und Kommunen für die Themen Integration und Flüchtlinge für essentiell erachten. Damit eng verbunden ist auch die Forderung nach dem personellen Einsatz von Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten in den Kommunen und Städten in Baden-Württemberg.

WILLKOMMENSKULTUR PFLEGEN

Nicht allein die personellen Ressourcen innerhalb der Städte und Kommunen spielen mit Blick auf den Integrationsprozess vor Ort eine Rolle. Insbesondere hat sich gezeigt, dass die einheimische Bevölkerung eminent für den Integrationsprozess vor Ort ist. Das ehrenamtliche Engagement hat besonders in den letzten Jahren gezeigt, was es zu leisten vermag, um Neuankömmlinge im Land willkommen zu heißen. Ein weiteres Ergebnis des Beteiligungsprozesses ist, dass die Teilnehmer_innen daran appellieren, auch weiterhin an dieser Willkommenskultur festzuhalten und sie zu pflegen. Es ist wichtig, dass die einheimische Bevölkerung auf Menschen mit Fluchterfahrung zugeht. Denn nicht nur sie sind Fremde in einem neuen Land, auch die einheimische Bevölkerung stellt Fremde für sie dar.

POLITIKMENTOREN AUSBILDEN

Zukünftig solle es verstärkt darum gehen, die etablierten Strukturen zu manifestieren und langfristig betroffene Personenkreise selbst zu Beteiligten werden zu lassen. Dafür ist es unabdingbar, Menschen mit Fluchterfahrung aus diktatorischen politischen Strukturen und Ländern an das demokratische System und Gemeinwesen vor Ort heranzuführen. Dabei geht es nicht allein darum, die Strukturen zu vermitteln, sondern auch, die »Neudemokraten« zu demokratischen Vermittlern selbst auszubilden. So wäre es im Umkehrschluss auf langfristige Sicht das Ziel, dass ehemals Betroffene sich für die Belange von Neuankömmlingen einsetzen und die Strukturvermittlung in die Hand nehmen. Sogenannte »Politikmentoren« sind eine gute Möglichkeit, um Widerstände und Hemmungen gegenüber der Politik abzubauen. Hierfür wird insbesondere Migrantenorganisationen eine große Verantwortung zugemessen. Um diese Strukturen aufbauen zu können und nachhaltig in der Beteiligungslandschaft des Landes zu verankern, ist die Vernetzung der Akteure und der jeweiligen Angebote untereinander ein wichtiger Meilenstein in der Integrationsarbeit. Diesen gilt es weiter voranzutreiben, so der Tenor in den Gesprächsrunden.

BETEILIGUNGSFORMATE INDIVIDUELL ANPASSEN

Für Aktivitäten im Bereich der Integrationsarbeit gilt es darauf zu achten, die Programme so auszulegen, dass die Sprachvielfalt der Teilnehmenden nicht hinderlich für deren Teilnahme ist. Gegebenenfalls sollten die Beteiligungsformate angepasst und allen zugänglich gemacht werden. Insgesamt aber gilt generell, die Angebote nicht zu überfrachten, um Überforderungen zu vermeiden. Auch muss hier speziell das Augenmerk auf Kultursensibilität gerichtet werden, da Beteiligungsformen oft nicht bekannt sind.

Des Weiteren, so die Ergebnisse aus den Gesprächen, ist es wichtig, situativ und personenbezogen zu agieren und die Lebenslagen von allen beteiligten Personen im Blick zu behalten.

Für den Themenbereich Integration und Beteiligung spielen Formen der aufsuchenden Beteiligung nach wie vor eine wichtige Rolle. Jedoch geht es fortwährend darum, einen Schritt weiter zu gehen und Betroffene zu Beteiligten zu machen, um deren Anliegen gerecht werden zu können.

ERGEBNISSE **JUGENDBETEILIGUNG**

ERSTE SCHRITTE ZUR JUGENDBETEILIGUNG

Um sicher zu gehen, dass Kinder und Jugendliche Lust auf Engagement haben, muss man zunächst die Stimmen der Jugendlichen hören, waren sich die Teilnehmenden einig. Hierfür sei es wichtig, Kinder und Jugendliche in ihrer derzeitigen Lebenssituation zu begreifen. Erst wenn junge Menschen merken, dass ihre Stimme gehört wird, entsteht ein sozialer Raum, in welchem spätere Beteiligung durch Kinder und Jugendliche möglich wird. Um diesen Raum zu schaffen, benötigen Kinder und Jugendliche selbstorganisierte Orte, in denen Beteiligung stattfinden und für sie selbst erfahrbar werden kann. Dies fördert den Selbstbestimmungsdrang von Kindern und Jugendlichen, da ihnen Verantwortung übertragen wird für eine Sache, die ihnen wichtig ist und am Herzen liegt. Diese selbstorganisierten Orte können von der Mitbestimmung beim Mittagessen in Kindergarten bis hin zu einem Jugendraum in der Schule und zum Jugendhaus oder einem Skateplatz reichen.

KINDER UND JUGENDLICHE FÜR POLITISCHE PROZESSE BEGEISTERN

Neben den Fragen zu Formaten und nachhaltigen Konzepten in der Jugendarbeit stand beim Beteiligungskongress auch die Fragestellung im Vordergrund, wie das Themenfeld »Politik« für Jugendliche vor Ort attraktiv gestaltet werden kann. »Es ist wichtig, dass Jugendliche mitwirken können und keine Zuschauerdemokratie erleben«, so Christoph Dahl, Geschäftsführer der Baden-Württemberg Stiftung. Ein erster Schritt zur langfristigen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sei jugendliches Engagement. Wenn Kinder und Jugendliche sich schon früh für eine Sache einsetzen und engagieren, dann werden sie sich auch später gerne politisch beteiligen und beispielsweise regelmäßig zu Wahlen gehen, so der Konsens in den Gesprächsrunden.

Um den Beteiligungsgedanken bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verankern, benötigt es einen direkten Bezug zur Politik vor Ort, um Ideen vortragen und ggf. sogar selbst umsetzen zu können. Erst durch die reale Erfahrung kann Politik und Beteiligung zu einem Teil der Lebenswelt junger Menschen werden.

KOMMUNALE JUGENDBETEILIGUNG

Im Bereich der kommunalen Jugendbeteiligung hat sich in Baden-Württemberg durch die Änderung der Gemeindeordnung und des Paragraphen 41a schon ein Strukturwandel vollzogen: aus einer Kann-Vorschrift für Jugendbeteiligung ist eine Soll-Vorschrift geworden. Damit ist Jugendbeteiligung nun ein festgeschriebener Bestandteil der kommunalen politischen Strukturen in Baden-Württemberg. Vor diesem Hintergrund sehen sich viele Kommunen vor neue Herausforderungen gestellt: Insbesondere kleine Städte und Gemeinden beklagen, dass sie gerne Jugendbeteiligung umsetzen

würden, ihnen hierfür aber die jungen Menschen vor Ort fehlen. So sei es schwierig, auch unter den Gesichtspunkten des demografischen Wandels, Jugendbeteiligung nachhaltig in den kommunalpolitischen Strukturen zu verankern. Des Weiteren fehlten personelle Ressourcen und das Know-How für die Umsetzung. An diesen Stellen gebe es noch dringenden Handlungsbedarf, so die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen.

NETZWERKE FÜR STRUKTUREN DER JUGENDBETEILIGUNG VOR ORT AUFBAUEN

Für eine wirksame Konzeption zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sollten viele unterschiedliche Partner miteinbezogen werden und deren Zusammenarbeit befördert werden, so der Tenor. Schulen, Vereine und Verbände, Jugendeinrichtungen und Kirchen seien hierbei gleichermaßen gefragt. Angesichts der bestehenden zeitlichen Restriktionen heutiger Schülerinnen und Schüler ist es dabei besonders wichtig, dass Schulen ihre Türen für Kooperationen weiter öffnen, denn sie sind der Ort, an dem potentiell alle Kinder und Jugendliche erreicht werden können. Die Förderung von Beteiligung innerhalb der Einrichtungen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern fordern die Schulen als Gesamtbetrieb. Für diesen Organisationsentwicklungsprozess müssen Zeitressourcen eingeplant werden.

WEITERE FAKTOREN AUF DEM WEG ZUR BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

- Die Senkung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 16 Jahre wird als gute Methode empfunden, das politische Verantwortungsgefühl der Jugendlichen zu stärken.
- Dialog im virtuellen Raum zu führen ist für Kinder und Jugendbeteiligung essentiell.
- Ein weiterer wichtiger Schritt im Themenbereich Kinder- und Jugendbeteiligung ist es, künftig verstärkt auch junge Menschen mit Fluchterfahrung einzubeziehen.

ERGEBNISSE **BETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM**

THEMENVIELFALT IN LÄNDLICHEN GEBIETEN

Auf dem Beteiligungskongress wurde deutlich, dass in kleinen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg eine große Bandbreite an Themen vorherrscht, die es zu bearbeiten gilt, um die Zukunftsfragen vor Ort anzugehen. Dabei spielen Themen wie Nahversorgung, Pflege vor Ort und Leben im Alter, Fragen der Mobilität, Nachbarschaftshilfe, Nachhaltigkeit und die Zukunftssicherung der Vereine eine wichtige Rolle. Auf dem Beteiligungskongress wurde darüber diskutiert, wie all diese Themen mit Maßnahmen der Bürgerbeteiligung angegangen und vor Ort bearbeitet werden können.

WERTEWANDEL IN KLEINEN STÄDTEN UND GEMEINDEN

Für den Themenbereich »Bürgerbeteiligung in ländlichen Gebieten« hat sich auf dem Beteiligungskongress gezeigt, dass auch in kleinen Städten und Gemeinden

ein politischer Wertewandel im Gang ist. Wo früher noch der direkte Draht zur Politik hergestellt werden konnte, indem Bürger_innen ihre Anliegen bei einem Glas Trollinger in der Dorfwirtschaft an den Bürgermeister_in herangetragen haben, wurde deutlich, dass diese Strukturen für beiden Seiten kaum zufriedenstellend sein können. Denn ob das Anliegen zur Umsetzung kam oder nicht, darauf hatten die Einwohner_innen meist keinen weiteren direkten Einfluss. Daher hat sich gezeigt, dass es sowohl für die Bürger_innen aber auch für die Verwaltung neue Strukturen, Methoden und Instrumente braucht, die die Beteiligung vor Ort festlegt und vorgibt. Bürgerbeteiligung kann jedoch nur dann funktionieren, wenn Bürger_innen, Bürgervertretung, Gemeindevertreter_innen, Verwaltung und Politik gemeinsam Leitlinien entwickeln, die die Zielrichtung vor Ort vorgeben. Entscheidungsträger_innen und Verwaltung auf kommunaler Ebene müssen die Veränderungsprozesse gestalten und aktiv vorantreiben. Bürger_innen selbst sollen Prozesse vor Ort anstoßen und begleiten können, so der Tenor der Gesprächskreise.

LEITLINIEN FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

Vielerorts wurden daher zur nachhaltigen Beteiligung Leitlinien etabliert. Leitlinien für Bürgerbeteiligung haben aber nur dann einen Mehrwert für die Kommune, wenn sie von Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam erarbeitet werden. Wichtig ist es hierbei, das Augenmerk darauf zu richten, dass Beteiligung die Gemeinde in ihrer Arbeit unterstützt und nicht ausbremst. Es gilt künftig, die einzelnen Ämter stärker mit Bürger_innen oder Verbänden zu vernetzen. Denn Bürgerbeteiligung kann in der Kommune besser realisiert werden, wenn amtsübergreifend vorgegangen wird, sodass sich Zuständigkeiten verteilen und nicht ein Amt allein zuständig ist, so der Konsens in den Gesprächen. Hierfür sind auch Bürgerarbeitskreise ein gutes Format, wie im Gespräch mit den Bürgermeister_innen deutlich wurde. Bürgerarbeitsgruppen können zu den unterschiedlichsten Themenfeldern einberufen werden. Wichtig hierbei ist, dass sie unter Begleitung der Mitglieder des Gemeinderats tagen und begleitet werden. Die Ergebnisse der Sitzungen können anschließend in die Diskussion der Gemeinderatssitzung einbezogen werden, wodurch ein direkter Rückschluss zwischen Bürger_innen, Politik und Verwaltung möglich wird.

Insgesamt hat sich für den Themenbereich »Bürgerbeteiligung in ländlichen Gebieten« gezeigt, dass auch innerhalb kleiner Städte und Gemeinden die vorherrschenden Themen mit Maßnahmen der Bürgerbeteiligung gestaltet werden können. Es wurde deutlich, dass Bewohner_innen gerne Verantwortung übernehmen, um ihre Städte und Gemeinden als lebenswerte Orte zu erhalten, diese weiterzuentwickeln und zu gestalten. Wichtig hierfür ist es, den Trialog zwischen Verwaltung, Politik und Einwohner_innen zu intensivieren und auf einer neuen Ebene zu führen.

ERGEBNISSE **GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT**

Beteiligung im Themenbereich gesellschaftlicher Zusammenhalt gewinnt an besonderer Bedeutung, da sogenannte »stille Gruppen« vermehrt in den Blickpunkt rücken und den Gruppierungen verstärkt ihre Selbstbestimmung zugemessen wird. Ihnen wird die Möglichkeit zuteil, sich für ihre Belange selbst einzusetzen. Es geht darum, künftig nicht »über« sondern »miteinander« den Dialog zu führen.

BETEILIGUNG UND INKLUSION

Im Themenbereich »Beteiligung und gesellschaftlicher Zusammenhalt« drehten sich die Gespräche und Diskussionen um die Fragestellung, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt innerhalb pluraler Gesellschaftsstrukturen aussehen kann. Dabei lautete der Tenor, dass Inklusion möglichst weitgehend gedacht und

umgesetzt werden sollte. Politische Entscheidungen werden immer noch vornehmlich unter Bezugnahme auf den »Durchschnittsbürger« getroffen. Dadurch würden viele andere Personengruppen keine Berücksichtigung finden. Hier muss der inklusive Charakter verstärkt mitgedacht werden, um beispielsweise Menschen mit Assistenzbedarf nicht in eine soziale Isolation zu drängen. Diese und weitere Aspekte wurden in den Gesprächen deutlich.

»STILLE GRUPPEN« EINBEZIEHEN UND SICHTBAR WERDEN LASSEN

Insbesondere im Bereich der Beteiligung ist es wichtig, die »stillen Gruppen« in die Prozesse vor Ort einzubinden. Dafür sehen die Teilnehmenden des Kongresses es als einen wichtigen Schritt, das Empowerment dieser Personen zu stärken. »Stillen Gruppen« muss Raum geboten werden, um ihre Anliegen vorbringen zu können und ihnen muss vermittelt werden, dass ihre Stimme im Prozess einen Wert hat und von Bedeutung ist. Für Personenkreise, die einer »stillen Gruppierung« zugeordnet werden, muss erfahrbar werden, dass sie auf ihre Fragen Antworten erhalten und ihre Stimme etwas bewirken und in Gang setzen kann. Für diesen Prozess essentiell ist es, aufeinander zuzugehen und Brücken zu bauen. Zufallsbürger können hier eine gute Mischung darstellen und für Ausgewogenheit zwischen stillen Gruppen und aktiven Wortführer_innen sorgen.

BETEILIGUNG EINFACH MACHEN

Wenn es darum geht, »stille Gruppen« an Beteiligung heranzuführen, dann sind Formen der aufsuchenden Beteiligung am wirkungsvollsten, sind sich die Teilnehmer_innen einig. Es gehe darum, den Personen in ihren Lebenswelten zu begegnen und nicht darauf zu warten, dass sie von selbst kommen. Um Kontakte aufzubauen und Vertrauen herzustellen, ist die Atmosphäre von besonderer Bedeutung. Gemeinsames Essen beispielsweise kann einen solchen vertrauten Raum herstellen, in welchem Gespräche entstehen und der Austausch untereinander befördert werden kann. Die Empfehlung der Teilnehmenden lautet, dass die Prozesse und Situationen hierfür möglichst individuell auf den angesprochenen Personenkreis zugeschnitten sein sollten. Dazu kann es eine gute Möglichkeit sein, sich in den betroffenen Personenkreis hineinzuversetzen. Am wirkungsvollsten ist es jedoch, eine betroffene Person als Inklusionsberater_in für die Zeit des Projekts zu benennen, die als Prozessberatung fungiert.

BEHINDERTENBEAUFTRAGTE IN KOMMUNEN EINSETZEN

Die Bearbeitung von Themen, wie beispielsweise Barrierefreiheit, sind auf Gemeindeebene anzusiedeln. Hierfür wäre es von Vorteil, Ansprechpersonen für das Thema Inklusion zu benennen und in den Städten und Kommunen in Baden-Württemberg einzusetzen. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre es dann, diese auch landesweit zu vernetzen und den Austausch und das Lernen von- und untereinander zu befördern. Die Vernetzung der vielfältigen Hilfsangebote in diesem Themenfeld wird von den Teilnehmer_innen als äußerst wichtig erachtet. Die Koordinationsfunktion hierfür könnten Behindertenbeauftragte für die Landkreise übernehmen, so der Vorschlag aus den Arbeitsgruppen. Denn nur Zusammenarbeit und ein gegenseitiger Austausch können dabei helfen, politische Veränderungen zu erreichen. Es ist wichtig, dass stille Gruppen wieder verstärkt ins Blickfeld genommen werden und der Zugang der Gruppen wieder aktiv befördert wird, sodass der gesamtgesellschaftliche Prozess weiter verfolgt werden kann. Darin waren sich die Teilnehmenden einig.

VIELFALT GEFÄLLT.
ORTE DES MITEINANDERS

EINBLICKE IN DEN KONGRESSTAG
MIGRATION/INTEGRATION

»Unsere Gesellschaft ist bunter und vielfältiger geworden. Wir haben eine großartige Zivilgesellschaft mit sehr vielen politisch interessierten und ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Dieses tolle Engagement kann als Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wirken. Die Landesregierung arbeitet deshalb daran, die Rahmenbedingungen für Teilhabe weiter zu verbessern. Der Beteiligungskongress bietet all jenen, die sich einbringen möchten, eine gute Chance sich zu informieren, zu vernetzen, sich auszutauschen und sich zu engagieren.«

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha

Auf dem Beteiligungskongress wurden im Themenfeld **MIGRATION/INTEGRATION** unterschiedlichste Ansätze und Formate zur gemeinsamen Arbeit von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte aus Baden-Württemberg vorgestellt. Dabei standen die Fragen im Vordergrund:

- **Welche Ansätze gibt es zur gemeinsamen Arbeit von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte vor Ort?**
- **Wie können wir das vielfache Engagement zu diesem Thema halten und für die Zukunft nutzen?**
- **Wie begegnen wir Populismus, der häufig mit einfachen Lösungen auf die Ängste der Menschen reagiert?**

VORTRAG:

PARTIZIPATION VON MENSCHEN MIT ZUWANDERUNGSGESCHICHTE – GERNE, ABER WIE? ERFAHRUNGEN ZUR BETEILIGUNG AUS DEN KOMMUNEN.

Roswitha Keicher, Arbeitskreis der Integrationsbeauftragten des Städtetages in Baden-Württemberg

Zahlreiche Menschen aus anderen Kulturkreisen, die es genauso zu beteiligen gilt wie Einheimische, machen die Bevölkerung schon seit Jahren bunter. Um möglichst effektiv viele Personen erreichen zu können, ist eine gute Vernetzung von bereits etablierten Integrationsstrukturen mit Verantwortlichen der Bürgerbeteiligung wichtig. Roswitha Keicher zeigte in ihrem Vortrag Möglichkeiten hierzu auf und stellte Beispiele für veränderte Kommunikations- und Informationsstrukturen vor, die eine Einbindung erleichtern können.

METHODENTISCH:

DER KOMMUNALE FLÜCHTLINGSDIALOG: ZUSAMMENLEBEN VOR ORT GESTALTEN.

Regina Fried, **Verena Weiler**, Landratsamt Heidenheim

Kommunale Flüchtlingsdialoge bringen Menschen vor Ort ins Gespräch und tragen zur Entwicklung mittelfristiger und langfristiger Perspektiven für die Integration und das Zusammenleben bei. Der Methodentisch stellte die Chancen und Herausforderungen eines kommunalen Flüchtlingsdialogs vor und gab anhand der Erfahrungen des Landkreises Heidenheim praktische Anregungen zur Durchführung.

THEMENTISCH:

SOZIALRÄUME GEMEINSAM GESTALTEN: NETZWERKARBEIT ZUR FLÜCHTLINGSHILFE IM LANDKREIS RAVENSBURG.

Michaela Berger, Landratsamt Ravensburg;
Bettina Hübner, **Alexandra Rothweiler**, Projektteilnehmer_innen

Der Landkreis Ravensburg stellte auf dem Beteiligungskongress in Esslingen vor, wie die Netzwerkbildung und Arbeit zu ausgewählten Themenstellungen in regelmäßigen lokalen Bündnistreffen mit Haupt- und Ehrenamtlichen sowie Geflüchteten gelungen ist. Zudem wurde auf die Realisierung von Kleinprojekten eingegangen, durch die die Partizipation von Geflüchteten vor Ort gestärkt werden kann.

THEMENTISCH:

MÄDCHEN LEGEN LOS! SCHREIBWERKSTATT FÜR MÄDCHEN MIT UND OHNE MIGRATIONSGESCHICHTE

Ola Momen, Nisa Frauenverein e.V.;
Liane von Droste, LVD Medienservice

Elf Mädchen aus dem Raum Sindelfingen sind seit 2016 engagiert mit dabei in der Schreibwerkstatt »Lebenswege«. Sie sind 8 bis 14 Jahre alt und stammen aus Familien mit und ohne Zuwanderungserfahrung. Auf dem Beteiligungskongress stellten die Mädchen ihre Zeitung vor und berichteten davon, wie eine Zeitung entsteht: Sie führen biographische Interviews, schreiben Berichte und fotografieren. Träger ist der NISA-Frauenverein Sindelfingen.

VORTRAG:

INTEGRATION BRAUCHT BETEILIGUNG! PARTIZIPATION UND ENGAGEMENT VON UND MIT FLÜCHTLINGEN.

Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal

Der Vortrag von Herrn Prof. Roth thematisierte, dass die deutsche Integrationspolitik traditionell auf den Arbeitsmarkt setzt, während die politische Integration von Zugewanderten ein Randthema geblieben ist. Bis heute ist es – im Unterschied zu vielen Ländern der Europäischen Union – nicht gelungen, das Wahlrecht für Menschen aus Drittstaaten auf kommunaler Ebene zu verankern, auch wenn sie seit vielen Jahren in ihren Kommunen leben. Fehlendes politisches Zugehörigkeitsgefühl und oft auch Distanz zur Demokratie sind die Folgen. Diese Fehlentwicklungen gilt es mit Blick auf die große Zahl von Geflüchteten zu vermeiden. Politische Beteiligung von Anfang an sollte die Devise sein, so das Resümee des Vortrags.

GESPRÄCH:

INTEGRATION GEMEINSAM MEISTERN! ZUSAMMENARBEIT MIT JUNGEN GEFLÜCHTETEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG.

Ministerialdirektor Prof. Wolf-Dietrich Hammann;
Mitglieder des Youth Refugee Council

Ausgangsbasis für dieses Gespräch waren die persönlichen Erfahrungen der Mitglieder des Youth Refugee Council: Sie machten deutlich, was Beteiligung für sie bedeutet. Sie stellten klar, was ihrer Ansicht nach bei der Beteiligung junger Geflüchteter in Baden Württemberg gut funktioniert und wo weitere Bedarfe liegen. Von Seiten des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg hat Herr Ministerialdirektor Prof. Wolf-Dietrich Hammann eingebracht, welches Verständnis von Teilhabe das Ministerium befördert und welche Strategien zur Beteiligung junger Geflüchteter das Land Baden-Württemberg hat.

VORTRAG:

MUSLIME ALS PARTNER IN BADEN-WÜRTTEMBERG.

Dr. Hussein Hamdan, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

In Deutschland leben bis zu 4,7 Millionen Muslime, in Baden-Württemberg sind es rund 600.000. Der Vortrag stellte die Tatsache in den Vordergrund, dass eine durchgehende Einbeziehung islamischer Gemeinden in kommunale Handlungsfelder bisher keine Selbstverständlichkeit ist. In den Kommunen vor Ort gibt es viele Fragen dazu, wie mit islamischen Organisationen kooperiert werden kann. Im Vortrag wurde das Projekt »Muslime als Partner in Baden-Württemberg« und anschließend die wichtigsten islamischen Verbände und Gruppen vorgestellt sowie Handlungsempfehlungen zum Umgang mit ihnen formuliert.

METHODENTISCH:

DER KOMMUNALE FLÜCHTLINGSDIALOG: ZUSAMMENLEBEN VOR ORT GESTALTEN.

Andrea Laux, **Carola Haegele**, Gebr. Schmid Zentrum i. Generationenhaus Heslach;
Adel Thaeer, Teilnehmer beim Flüchtlingsdialog

Der Kommunale Flüchtlingsdialog ist eine Chance für das Quartier, um sich gegenseitig zuzuhören und Vorurteile abzubauen. Die Erfahrungen des Gebrüder Schmid Zentrums wurden in Form von den Ergebnissen aus sechs World Cafés am Methodentisch veranschaulicht. Persönliche Berichte boten den Teilnehmer_innen die Möglichkeit, sich über die diskutierten Themen, die erreichten Zielgruppen und das Nachhaltigkeitskonzept auszutauschen.

THEMENTISCH:

GEMEINSAM IN VIELFALT IN DER GEMEINDE GUNDELSHEIM!

Heike Schokatz, Bürgermeisterin von Gundelsheim;
Andreas Vierling, Stadtverwaltung Gundelsheim;
Joachim Haag, Projektteilnehmer.

Die Stadtverwaltung Gundelsheim beschäftigt sich seit Oktober 2014 sehr intensiv mit der Fragestellung, wie asylsuchende Menschen in ihrer neuen Heimat unterstützt und bestmöglich in das Gemeinwesen integriert werden können. Der Thementisch zeigte auf, mit welchen Herausforderungen die Kommunen konfrontiert sind und mit welchen Maßnahmen diese bewältigt werden können.

THEMENTISCH:

NICHT FÜR, SONDERN MIT GEFLÜCHTETEN: KULTUR UND PROJEKTRÄUME GEMEINSAM GESTALTEN.

Larissa Mantel, **Jehad Othman**, **Michelle Mantel**, Team COLA TAXI OKAY

Das Team COLA TAXI OKAY, bestehend aus jungen Studierenden und Personen mit Fluchterfahrung aus Karlsruhe, möchte einen Raum schaffen, der durch flexible Programminhalte gefüllt wird. Die Inhalte bereitet das Team gemeinsam mit interessierten Personen mit und ohne Fluchterfahrung vor. Auf dem Beteiligungskongress stellten sie ihr Projektvorhaben vor.

VORTRAG:

PARTIZIPATION VON MENSCHEN MIT ZUWANDERUNGSGESCHICHTE – ERFAHRUNGEN UND PERSPEKTIVEN VON MIGRANTENVEREINEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG.

Argyri Paraschaki, Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg;
Rolf Graser, Forum der Kulturen Stuttgart e.V.

Die Möglichkeiten der politischen, sozialen, beruflichen und kulturellen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in einer Einwanderungsgesellschaft wie Deutschland sind wichtige Rahmenbedingungen für Integrationsprozesse. Grundsätzlich steigt die Bedeutung von Migrantinnen und Migranten als aktive oder passive Mitgestalter der Politik. Erste Erfahrungen machen viele in und über die Migrantenvereine. In den Vorträgen wurden die Potentiale, Ziele und Bedarfe von Migrantenvereinen erläutert. Zudem stellten die Referent_innen die Notwendigkeit, aber auch die darin liegenden Chancen, einer partizipativen, gleichwertigen Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen dar.

METHODENTISCH:

DER KOMMUNALE FLÜCHTLINGSDIALOG: ZUSAMMENLEBEN VOR ORT GESTALTEN.

Andrea Koch-Widmann, **Nathalie Stengel**, Stadt Ostfildern;
Mohammed Memeh, Teilnehmer beim Flüchtlingsdialog

Im Mittelpunkt des Methodentisches stand die Projektvorstellung, kommunale Flüchtlingsdialoge als Auftakt zur Beteiligung für ein konstruktives Zusammenleben in der Stadt zu nutzen. Zentrale Elemente der Methode waren das Erfragen von Wünschen, Bedürfnissen und Kritik der Bürger_innen mit und ohne Flucht-/Migrationshintergrund, die Erarbeitung von Handlungsfeldern sowie konkrete Maßnahmen und Zeitplänen. Einer der Teilnehmer, ein Syrer, berichtete aus seiner Sicht, wie er den Flüchtlingsdialog erlebt hatte und auch von der raschen Umsetzung einiger Handlungsfelder, wie zum Beispiel die Zukunftswerkstatt und das Café Syria.

THEMENTISCH:

SYNERGIEN VOR ORT BÜNDELN UND NETZWERKE AUFBAUEN: DAS PROJEKTBEISPIEL WEINHEIM.

Ulrike Hermann, Stadt Weinheim;
Christiane Brandwein, **Dr. Georg Ebers**, Projektteilnehmer/in

Der Methodentisch stellte in den Vordergrund, wie vor Ort in den Kommunen Netzwerke auf- und ausgebaut werden können. Am Beispiel von Weinheim erläuterten die Projektreferenten, dass es für das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure in einer Kommune einer Kommunikationsplattform bedarf. In Weinheim werden durch Kooperation von Ehrenamt und Kirchen Begegnungsorte gestaltet. Es werden Kontakte geknüpft, Ideen ausgesprochen und umgesetzt. Thema: One-World Café. Kochen und Essen verbindet. Und es wurde davon berichte, wie Kochkultur es den Flüchtlingen ermöglicht, sich aktiv in das öffentliche Leben einzubringen.

THEMENTISCH:

INTEGRATION DURCH SPORT: MITEINANDER GEWINNT – SPORT OHNE GRENZEN.

Martin Hägele, FC Esslingen e.V.;
Dr. Sven Fries, Büro Stadtberatung Dr. Sven Fries

Der FC Esslingen ist ein Talentförderverein für Jungen- und Mädchenfußball, der alle Esslinger Fußballvereine als Gründungsmitglieder hat. Die Projektvorstellung des FC Esslingen betonte, wie wichtig eine ganzheitliche Ausbildung der Spieler sei, weshalb Inklusion und Integration mit verschiedenen Projekten umgesetzt werden. Training, Turniere, Veranstaltungen, Netzwerkarbeit sowie kultursensible Fortbildungen zeichnen den FC Esslingen aus.

GESPRÄCH:

BETEILIGUNGSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG! STRATEGIEN DER BÜRGERBETEILIGUNG BEIM THEMA MIGRATION/INTEGRATION UND IM LÄNDLICHEN RAUM

Staatsrätin Gisela Erler und Minister Manne Lucha

Dieses Gespräch setzte sich mit den Herausforderungen bei der Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte auseinander und forschte nach, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft ihre Gesellschaft vor Ort gemeinsam gestalten können. Zudem benannte es wichtige Zukunftsfragen im ländlichen Raum und zeigte Lösungsansätze mit Bürgerbeteiligung auf. Die Staatsrätin und der Minister diskutierten gemeinsam mit den Teilnehmenden, welche Strategien die Landesregierung zu diesen beiden Themen verfolgt.

FC Esslingen
Miteinander gewinnt
Mitmach-Aktion des FC Esslingen
BALLKONTAKTE
Vielfalt gefällt!

EINBLICKE IN DEN KONGRESSTAG ZUM THEMA: JUGENDBETEILIGUNG

»Die Baden-Württemberg Stiftung leitet aus ihrem Auftrag, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern, ihr Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg ab. Deshalb setzen wir uns in vielen Programmen für eine starke Gemeinschaft sowie für die Qualifikation und Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen ein und unterstützen die soziale und politische Teilhabe. Die Zukunft unseres Landes ist nicht ohne gelebte Demokratie und Gleichbehandlung aller Mitbürger vorstellbar.«

Christoph Dahl, Baden-Württemberg Stiftung

Im Themenbereich **JUGENDBETEILIGUNG** wurden auf dem Beteiligungskongress Ansätze und Formate aus Baden-Württemberg vorgestellt, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Dies ist für das Land Baden-Württemberg insofern spannend, da die Änderung der Gemeindeordnung nun in §41a Jugendbeteiligung in der Kommune vorschreibt.

In unterschiedlichen Formaten wurden Ansätze und Projekterfahrung vorgestellt und sich dazu ausgetauscht. Dabei standen die Fragen im Vordergrund:

- **Welcher Rahmen, welche Formate und welche Erwartungen sind bei Jugendbeteiligung zeitgemäß?**
- **Wie sehen nachhaltige Konzepte zur Jugendarbeit aus und wie entstehen sie?**
- **Wie kann das Themenfeld Politik für Jugendliche vor Ort attraktiv gestaltet werden?**

VORTRAG:

ZUM GESTALTEN BRAUCHT ES WERKZEUG – KINDERN UND JUGENDLICHEN EINE STIMME GEBEN.

Buddy Dorn, **Bistra Ivanova**, Landesjugendring Baden-Württemberg

Seit Jahren organisiert der Landesjugendring Baden-Württemberg Veranstaltungsformate zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen im Land und macht sich für ihre Beteiligung stark. Einige der Formate und Projekte, wie der Jugendlandtag, Kindergipfel, die Programme »In Zukunft mit Uns«, »Vielfalt in Partizipation«, »Wir sind dabei« und die Plattform »Youth Refugee Council« wurden vorgestellt. Sie alle stellen konkrete Ansätze dar und liefern wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse. Auf dieser Basis können neue Perspektiven zur Jugendbeteiligung abgeleitet werden.

VORTRAG:

WERTE UND ENGAGEMENT: WARUM UND WOFÜR ENGAGIEREN SICH JUGENDLICHE? ERGEBNISSE AUS DER JUGENDSTUDIE BADEN-WÜRTTEMBERG.

Miriam Schmid, Jugendstiftung Baden-Württemberg

Miriam Schmid von der Jugendstiftung Baden-Württemberg stellte einige pointierte Ergebnisse der Jugendstudie Baden-Württemberg in ihrem Vortrag vor. Ein zentrales Ergebnis ist, dass ehrenamtliches Engagement nicht nur Vereinen, Schulen und Kirchen nutzt. Es verändert die Jugendlichen selbst: Sie erleben die Wirksamkeit des eigenen Handelns, nehmen sich selbst anders wahr, entwickeln ein stärkeres soziales Verhalten und mehr politische Beteiligungsbereitschaft. Jugendliches Engagement kann demnach Basis und Ansatz für Beteiligung sein. Wo, wie und warum sich baden-württembergische Jugendliche engagieren und beteiligen, zeigt die Jugendstudie und verschafft Einblicke in diesen Themenbereich.

THEMENTISCH:

MOBILISIERUNG VON JUGENDLICHEN, AUFBAU LOKALER BETEILIGUNGSSTRUKTUREN: ERFAHRUNGEN AUS DEM PROJEKT »WÄHLEN AB 16«.

Karl-Ulrich Templ, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Als zur Kommunalwahl 2014 das Wahlrecht von 18 auf 16 Jahre abgesenkt wurde, rief die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zusammen mit dem Landesjugendring Baden-Württemberg eine breite Erstwählerkampagne ins Leben. Im Rahmen der Kampagne sollten möglichst viele Erst- und Jungwähler durch Informationen über ihr Wahlrecht und die Grundlagen der Kommunalpolitik motiviert werden, dieses Wahlrecht auch auszuüben. Einen wichtigen Beitrag im Rahmen des Bündnisses leistete die Baden-Württemberg Stiftung mit ihrem Qualifizierungsprojekt »In Zukunft mit UNS!«, das über die Kampagne hinaus auf nachhaltige Prozesse abzielte. Der Thementisch informierte über die Erfahrungen mit der Erstwählerkampagne und diskutierte gemeinsam mit den Teilnehmenden, wie die Mobilisierung von Jugendlichen für die politischen Teilnahme, nicht nur an Wahlen, gelingen kann.

METHODENTISCH:

DER 8ER RAT: MILIEUÜBERGREIFEND IN KOMMUNEN MIT SCHULEN ARBEITEN.

Stefan Schlatterer, Oberbürgermeister von Emmendingen;
Kilian Jörg, Stadt Emmendingen

Der Methodentisch stellte den methodischen Ansatz des 8er-Rats vor. Die Projektreferenten erläuterten die Methodik: Der 8er-Rat ist ein schulübergreifender Ansatz der Jugendbeteiligung, bei dem die Zielgruppe Jugendliche aller 8ten Klassen der örtlichen Schulen ist. Dabei setzt er die enge Kooperation von Verwaltung, kommunaler Jugendarbeit und Schulen voraus. Neben einer Großgruppenkonferenz finden verschiedene konkrete Projektgruppen für die Umsetzung einzelner Themen und Anliegen statt.

METHODENTISCH:

METHODENMIX: JUGENDBETEILIGUNG ON- UND OFFLINE GESTALTEN!

Stefan Kraus, Stadtverwaltung Herrenberg;
Simon Gmeiner, Stadtjugendring Herrenberg e.V.

Der Methodentisch stellte vor, wie on- und offline Maßnahmen der Bürgerbeteiligung ein Projekt begleiten und ausgestalten können. Dies wurde anhand der Jugendbeteiligung »JugendTRäume Herrenberg« in Kooperation mit der Stadt vom Stadtjugendring Herrenberg e.V. umgesetzt. In der Gesprächsrunde wurde anhand eines konkreten Falls von Bürgerbeteiligung, der »Freizeitanlage Längenholz«, das Jugendbeteiligungsmodell vorgestellt. Insbesondere auf das dabei entstandene Beteiligungsportal jugendträume-hbg.de wurde in der Diskussion näher eingegangen.

GESPRÄCH:

§ 41A GEMEINDEORDNUNG: RÜCKENDECKUNG ODER FRUSTRATIONSPOTENTIAL? WELCHE RAHMENBEDINGUNGEN BRAUCHT KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG?

Angelika Barth, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und
Joachim Straub, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

Der neu formulierte § 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg stärkt die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Kommune, sagt aber nicht, wie Beteiligung aussehen soll. Viele Kommunen finden das verwirrend und unbefriedigend, andere sehen es als Chance und Spielraum für die eigene Gestaltung. Im Gespräch wurden notwendige Voraussetzungen für Kinder-und Jugendbeteiligung besprochen und Vorschläge für einen möglichen Umgang mit § 41a entworfen.

VORTRAG:

BETEILIGUNGSSTRUKTUR UND -KULTUR MIT JUGENDLICHEN IM GEMEINWESEN: VISION UND AUSBLICK.

Prof. Michael C. Hermann, Pädagogische Hochschule Weingarten

Der Vortrag von Prof. Hermann stellte die Fragen, die seit vielen Jahren auf der Tagesordnung stehen, in den Mittelpunkt: Wie kann die junge Generation für Teilhabe an politischen Fragen mobilisiert werden? Welche Strukturen, Prozesse und Kulturen braucht es hierfür? Seit 1985 wurden und werden in Baden-Württemberg neue Formen der politischen Beteiligung Jugendlicher entwickelt. Viele Erfolge und manche Rückschläge waren zu verzeichnen. Auch für die politische Beteiligung Jugendlicher gilt: Nichts ist so beständig wie der Wandel.

VORTRAG:

DER ANSATZ DES SERVICE LEARNING – LERNEN DURCH ENGAGEMENT.

Carla Gellert, Freudenberg Stiftung

Der Vortrag setzte sich mit den Fragestellungen auseinander: Wie können alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement erhalten? Wie kann Unterricht in Schule praxisnäher und handlungsorientierter werden? Eine Antwort auf diese Fragen liefert die Lehr- und Lernform »Service-Learning – Lernen durch Engagement (LdE)«, die gesellschaftliches Engagement von Schüler_innen mit dem fachlichen Lernen verbindet. Der Vortrag zeigte auf, wie Lernen durch Engagement in der Praxis funktioniert und welche Wirkungen es auf alle Beteiligten hat.

THEMENTISCH:

WAS WIR NUR WISSEN BEWEGT UNS NICHT – VON POLITISCHER BILDUNG ZU POLITISCHER BETEILIGUNG.

Berthold Frieß, Landtag Baden-Württemberg;
Bistra Ivanova, Landesjugendring Baden-Württemberg

Das Landtagspräsidium hat 2016 der dauerhaften Fortführung von »Was uns bewegt« als jugendpolitisches Gesamtprogramm zugestimmt. Damit sollen die seitherigen Formate politischer Bildung weiterentwickelt und verstetigt werden. Politische Bildung soll dabei immer mehr Elemente politischer Beteiligung bekommen. Die Anliegen der Kinder und Jugendlichen sollen direkt bei den politisch Handelnden ankommen, so die behandelten Themen am Tisch.

METHODENTISCH:

LEITLINIEN FÜR JUGENDBETEILIGUNG: GEMEINSAM GRUNDLAGEN SCHAFFEN. MITGESTALTENDE JUGENDBETEILIGUNG IN RASTATT.

Miguel Rodriguez, Stadt Rastatt

Die Anbindung der Jugendbeteiligung an die Arbeitsstrukturen von Verwaltung und Gemeinderat spielt eine entscheidende Rolle, um Jugendbeteiligung dauerhaft erfolgreich zu machen. Der Methodentisch beschäftigte sich mit dem Fallbeispiel »Richtlinie Jugendbeteiligung«, um anderen Kommunen ein Beispiel zu geben, wie Jugendbeteiligung strukturell in die Kommunalpolitik eingebunden werden kann.

METHODENTISCH:

STADTPLANUNG MAL ANDERS! JUGENDLICHE PLANEN IHRE STADT MIT MINECRAFT.

Jan Fischer, Kinder- und Jugendbüro Bad Krozingen;
Yannick Krzikowsky, Projekt »Mein Bad Krozingen«

Jugendbeteiligung funktioniert nur mit Motivation. Das sozialraumorientierte Jugendbeteiligungsprojekt aus Bad Krozingen knüpft genau an dieser Devise an. Mit online Beteiligungsmaßnahmen werden Kinder und Jugendliche in Bad Krozingen in den Gestaltungsprozess der Kommune miteinbezogen. Die beliebte virtuelle Spielumgebung »Minecraft« steht dabei im Mittelpunkt des Projekts und dient als Instrument, Ideen, Wünsche und Bedarfe der Jugendlichen (in der virtuellen Umgebung ihrer Kommune) gestalterisch umzusetzen.

VORTRAG:

STRUKTUREN DER KOMMUNALEN JUGENDBETEILIGUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG.

Christiane Franz, Landzentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Der Vortrag widmete sich den Fragestellungen: Wie sieht Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg aus? Was für verschiedene Formen gibt es und von wem geht die Initiative aus? Antworten dafür zeigen die Erhebungen der Landeszentrale für politische Bildung Stuttgart 2012 und 2015, die Christiane Franz in ihrem Vortrag vorstellte.

THEMENTISCH:

VOM ENGAGEMENT EINZELNER ZU STABILEN STRUKTUREN: WIE KANN VERSTETIGUNG VON BETEILIGUNG GELINGEN?

Nikolaj Midasch, Landesjugendring Baden-Württemberg

Im Mittelpunkt des Thementisches stand die Frage, welche Rahmenbedingungen es braucht, damit Beteiligung vor Ort auf soliden Beinen stehen kann. Denn es zeigt sich: Ob im Jugendverband, in der Gemeinde oder im Jugendhaus: Vielerorts funktioniert Jugendbeteiligung hervorragend, weil einzelne Personen für das Thema brennen. Doch was, wenn so jemand nach Jahren die Stelle wechselt? Oder die engagierte Clique in die große Stadt zieht? Gemeinsam mit den Teilnehmer_innen wurden die Fragen erläutert und nach Handlungsempfehlungen gesucht.

THEMENTISCH:

JUGEND BEWEGT – DER WEG ZUR JUGENDBETEILIGUNG IN GÖPPINGEN.

Rebecca Zabel, Stadt Göppingen

Das Programm »Jugend BeWegt – Politik konkret« stärkt Ansätze von Jugendbeteiligung, bündelt den Erfahrungsaustausch und baut ein dauerhaftes Netzwerk von Kommunen auf, die sich der Jugendbeteiligung dauerhaft verpflichtet fühlen. In Göppingen gelingt der Weg zur Jugendbeteiligung unter dem Motto: Hindernisse beseitigen, Interesse wecken, Perspektiven entwickeln!

METHODENTISCH:

STADTPLANUNG MIT JUGENDLICHEN AKTIV GESTALTEN! JUNGES STUTTGART – EURE ORTE!

Birgit Kastner, **Ulrich Dilger**, Stadt Stuttgart;
Andreas Böhler, **Maik Bußkamp**, Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung

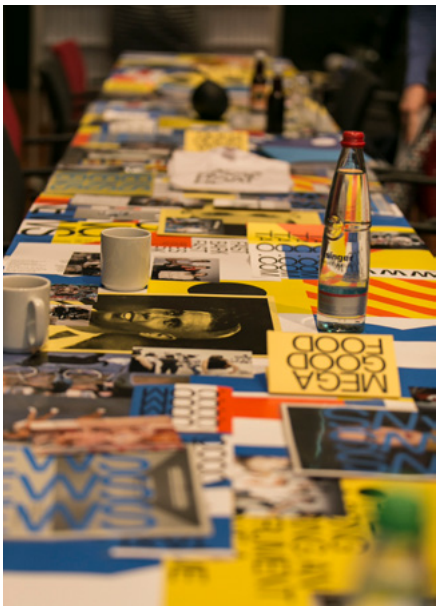
Mit dem Projekt »Junges Stuttgart – Eure Orte« führt das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung Stuttgart eine stadtweite Beteiligung von Jugendlichen durch. Der Fokus liegt dabei auf dem Erhalt, der Schaffung und der bedarfsgerechten Umgestaltung öffentlicher Flächen im Stadtgebiet. In der Arbeitsgruppe wurden die Ziele, die einzelnen Schritte und der aktuelle Projektstand präsentiert.

GESPRÄCH:

JUGENDBETEILIGUNG (BE)FÖRDERN! GUTE FORMATE DER JUGENDBETEILIGUNG UND MOBILISIERUNG VON JUGENDLICHEN

Christoph Dahl, Baden-Württemberg Stiftung

Ausgehend vom Gründungsauftrag der Baden-Württemberg Stiftung erläuterte Christoph Dahl in diesem Gespräch, welche unterschiedlichen Ansätze die Stiftung zur Stärkung der Demokratie verfolgt. Die Vorhaben folgen aus einer sorgfältigen und systematischen Analyse der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zur Demokratie. Christoph Dahl machte dabei deutlich, warum die Baden-Württemberg Stiftung zur Stärkung der Demokratie insbesondere auch auf Jugendbeteiligung setzt und diese konsequent fördert. Im Rahmen des Gesprächs wurde deutlich, was gute Ansätze sind, um Jugendliche zu erreichen, mit ihnen gemeinsam zu arbeiten und sie für gesellschaftliche und politische Belange zu begeistern.


MEGA
GOOD
FOOD

EINBLICKE IN DEN KONGRESSTAG ZUM THEMA: BÜRGERBETEILIGUNG IN LÄNDLICHEN GEBIETEN

»Der Kongress ist ein schöner Beweis dafür, dass die Beteiligung im Land ganz selbstverständlich geworden ist und Bürger_innen und Bürger, Verwaltung und Politik immer besser an einem Strang ziehen«

Staatsrätin Gisela Erler

Im Themenfeld **BÜRGERBETEILIGUNG IN LÄNDLICHEN GEBIETEN** wurden in Gesprächen, Vorträgen und an Themen- und Methodentischen Formate und Ansätze vorgestellt, die dazu beitragen können, kleine Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg mit Maßnahmen der Bürgerbeteiligung zu lebenswerten Orten zu erhalten und die Zukunft vor Ort maßgeblich mitzugestalten. Im Mittelpunkt des Austausches standen die Fragen:

- **Wie können Menschen vor Ort mit Maßnahmen der Bürgerbeteiligung ihre Gemeinden als lebenswerte Räume erhalten?**
- **Welche Schnittstellen zwischen Haupt- und Ehrenamt braucht es, damit Bürgerprojekte vor Ort gelingen können?**
- **Welche Strukturen brauchen Ehrenamtliche, um ihre Projekte vor Ort durchführen zu können?**

VORTRAG:

BÜRGERBETEILIGUNG ALS CHANCE FÜR KLEINE STÄDTE UND GEMEINDEN.

Janine Bliestle, Gemeindenetzwerk Baden-Württemberg

Zukunftsfähige Städte und Gemeinden leben von der Mitgestaltung und Mitwirkung der Bürgerschaft. Durch Engagement und Beteiligung bereichern Bürger_innen, insbesondere in kleinen Städten und Gemeinden, die gesellschaftliche und kommunale Entwicklung.

Chancen der Förderung und Unterstützung von Engagement und Beteiligung, aber auch das vielfältige Themenspektrum sowie Möglichkeiten gemeinsamer erster Schritte, Aufstellung von Spielregeln und Erkennen von Motivationen, waren Elemente des Vortrags.

VORTRAG:

ZUSAMMEN MEHR ERREICHEN! VERBANDSARBEIT MIT BÜRGERBETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM.

Dr. Beate Krieg, LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V.

Wenn sich Menschen im ländlichen Raum zusammenschließen, um die Lebensqualität zu verbessern, kommen immer wieder vorbildliche Projekte zustande. Dies wurde an Beispielen, wie etwa dem Dorfladen in Finsterlohr (Main-Tauber-Kreis) oder einer Festhalle in Sternenfels-Diefenbach (Enzkreis), von Frau Dr. Krieg ausgeführt. Des Weiteren thematisierte der Vortrag das Miteinander von Bürger_innen in der Kommune und das Zusammenwirken von Initiativen und Verbänden mit Kommunen.

METHODENTISCH:

LEITLINIEN FÜR BÜRGERBETEILIGUNG: SPIELREGELN UNTERSTÜTZEN DEN DIALOG.

Gerhard Kuttler, Bürgermeister von Hochdorf

Leitlinien für Bürgerbeteiligung machen transparent, wie Politik, Verwaltung und Bürgerschaft die Bürgerbeteiligung in ihrer Kommune organisieren möchten. Leitlinien werden mit allen Beteiligten gemeinsam erarbeitet, beschlossen und begründen häufig eine neue Beteiligungskultur vor Ort. Gerhard Kuttler stellte am Methodentisch vor, wie solche Leitlinien funktionieren und gemeinsam erarbeitet und etabliert werden können.

THEMENTISCH:

SOZIALSTRUKTUREN IM LÄNDLICHEN RAUM: WAS BÜRGERVEREINE UND HELFERKREISE LEISTEN, WELCHE FÖRDERUNG ES FÜR SIE GIBT.

Ingrid Engelhart, SPES e.V.;
Elisabeth Zepf, MiKaDo e.V.;
Anton Stier, Bürgermeister von Frittlingen a.D.

Der SPES e.V. begleitet Initiativen und Gemeinden bei der Umsetzung von Projekten zum Aufbau von Sozialstrukturen. Der Thementisch zeigte, wie der Verein MiKaDo gemeindeübergreifend Hilfe und Unterstützung organisiert. Es wurde auch gezeigt, wie in einem bürgerschaftlichen Prozess Pflege- und Betreuungsstrukturen bis hin zur Pflegewohngruppe initiiert werden können und und welche Fördermöglichkeiten es dafür gibt.

METHODENTISCH:

INTERKOMMUNALER AUSTAUSCH, VERNETZUNG UND KOLLEGIALE BERATUNG BEIM THEMA BÜRGERBETEILIGUNG.

Dr. Christine Dörner, Führungsakademie Baden-Württemberg

Strukturierte kollegiale Beratungsformate bieten wirkungsvolle Unterstützung für Initiativen und Verantwortliche in der Bürgerbeteiligung. Diese sind oft »Einzelkämpfer«. An diesem Methodentisch hatten die Teilnehmer_innen die Möglichkeit, erprobte Methoden kennenzulernen, um sich gegenseitig mit ihrer Erfahrung und Kreativität zu unterstützen. Es ging darum, gemeinsam Lösungen zu finden und Beteiligungsprozesse vor Ort erfolgreich weiterzuentwickeln.

METHODENTISCH:

LEITFADEN FÜR EINE NEUE PLANUNGSKULTUR: BÜRGERBETEILIGUNG IN DER VERWALTUNG.

Ulrich Arndt, Staatsministerium Baden-Württemberg

Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen war bis vor einigen Jahren noch ein Streitpunkt. Die Landesregierung erarbeitete 2013 eine eigene Leitlinie für eine neue Planungskultur. Bürgerbeteiligung wird seitdem in Baden-Württemberg anders gemacht. Ulrich Arndt stellte am Methodentisch die Erfahrungen vor und erläuterte die Prinzipien, die auch in Kommunen anwendbar sind.

METHODENTISCH:

NATUR UND LANDSCHAFT MIT BÜRGERBETEILIGUNG SCHÜTZEN: NATIONALPARK SCHWARZWALD, ENTWICKLUNG WEGEKONZEPT.

Susann Schäfer, Nationalparkplanung, Beteiligungsprozesse

Der Nationalpark Schwarzwald befindet sich kurz vor Beschluss des Wegekonzepts, welches unter Beteiligung (Gespräche, Bürger-Workshops, Führungen, Besuche in Gemeinderats- und Kreistagssitzungen, Online-Beteiligung) von Expert_innen, Politik und Bürgerschaft erarbeitet wurde. Der Methodentisch stellte die Vorgehensweise der Nationalparkverwaltung bei der Erarbeitung des Wegekonzepts vor.

GESPRÄCH:

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN DER BÜRGERBETEILIGUNG IN DER KOMMUNALPOLITIK.

Sarina Pfründer, Bürgermeisterin von Sulzfeld;
Heike Schokatz, Bürgermeisterin von Gundelsheim;
Stefan Schlatterer, Oberbürgermeister von Emmendingen

In diesem Gespräch berichteten die Bürgermeisterinnen und der Oberbürgermeister von ihren Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung aus Vorhaben in ihren Städten und Gemeinden. Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutierten sie, welche Chancen und Herausforderungen Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunalpolitik mit sich bringt. Dabei wurde auch deutlich, welche Maßnahmen der Bürgerbeteiligung gerade in kleinen Städten und Gemeinden gut funktionieren und welche Ansätze weniger gut geeignet sind.

VORTRAG:

BÜRGERBETEILIGUNG ALS MOTOR FÜR NEUE IDEEN IM LÄNDLICHEN RAUM.

Patrick Kafka, Führungsakademie Baden Württemberg

Insbesondere in kleinen Städten und Gemeinden ist die Beteiligung von Bürger_innen von großem Wert. Der Vortrag von Patrick Kafka verdeutlichte, warum Bürgerbeteiligung eine Aufgabe aller Verwaltungsebenen und Mandatsträger ist, was man genau darunter versteht, wie ein Partizipationsprozess aufgesetzt wird und wie er gelingen kann.

METHODENTISCH:

EIN VORHABEN VON ANFANG BIS ENDE MIT BETEILIGUNG GESTALTEN: DER BETEILIGUNGSPROZESS ZUR SANIERUNG DES HÖHENFREIBADS IN GOTTMADINGEN.

Florian Steinbrenner, Gemeinde Gottmadingen

Umfassende Beteiligung schafft Akzeptanz, spart Zeit und Baukosten. Am Projektbeispiel des Höhenfreibads in Gottmadingen berichtete der Projektreferent über das Zusammenspiel von Gemeinderat, Verwaltung, Interessensgruppen und zufällig ausgewählten Bürger_innen und wie die Beteiligung mit einer Bürgerbefragung oder -entscheid abgeschlossen werden kann.
Als Resümee kann zusammengefasst werden: Offenes Herangehen, gute Vorbereitung und Einbezug aller Perspektiven statt Festlegung auf eine Methode sind gute Stellschrauben für einen gelingenden Bürgerbeteiligungsprozess.

THEMENTISCH:

ORTSENTWICKLUNG IN VIELFACHER WEISE: DIE KLEINE MARKTHALLE IN WEITINGEN ALS PROJEKT DER BÜRGERBETEILIGUNG.

Roland Raible, AK Markthalle Weitingen

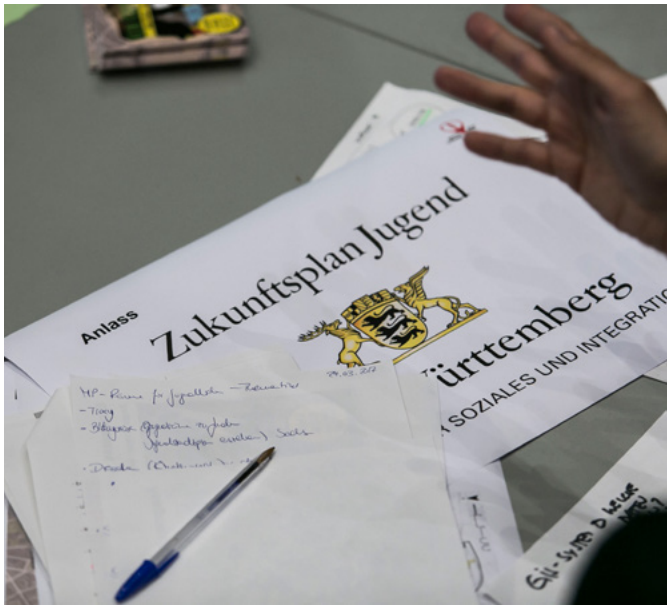
Am Thementisch wurde aus den Projekterfahrungen aus Weitingen berichtet. Dort hatte sich eine Arbeitsgruppe zusammengeschlossen und die Ortsentwicklung in vielfacher Weise angestoßen und begleitet. Eine Arbeitsgruppe aus allen Schichten der Bürgerschaft des kleinen Ortes Eutingen-Weitingen brachte ihre Ideen in der Planungsphase zum Gebäude ein. Parallel wurden Besprechungen durchgeführt zum Betreiben der Markthalle und die möglichen Markt-, Kommunikations- und Kulturveranstaltungen besprochen. Die Gruppe ist die treibende Kraft, um das Vorhaben zu realisieren.

THEMENTISCH:

MOBILITÄT MIT BÜRGERBETEILIGUNG SICHERN: DER BÜRGERBUS AM PRAKTISCHEN BEISPIEL ERKLÄRT.

Dr. Martin Schiefelbusch, NVBM – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Mit Engagement mobil – wie geht das? Es geht auf jeden Fall, zeigte Dr. Martin Schiefelbusch auf und zwar dann wenn Menschen zum Mitmachen bereit sind! Schon an gut 40 Orten im Land gibt es Bürgerbusse und an vielen weiteren andere ehrenamtliche Fahrdienste. Beim Aufbau eines solchen Angebots gibt es oft viele Fragen. Am Thementisch gab es Antworten und als Projektbeispiel wurde der Bürgerbus aus Murg vorgestellt.


Anlass
Zukunftsplan Jugend
ürttemberg
SOZIALES UND INTEGRATI

SPES
MiKaDo

4 SPES Zukunftsmodelle für Menschen und Lebensräume e.V.
SPES
VIELFALT GEFÄLLT! ORTE DES MITEINANDERS
SPES e.V.
Conclusio - Integration durch Ehrenamtsarbeit

EINBLICKE IN DEN KONGRESSTAG ZUM THEMA: GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

»viel < mehr < gemeinsam! Diese Motto vom Beteiligungskongress spiegelt den Kerngedanken unseres Netzwerks der Allianz für Beteiligung gut wider: Es passiert viel zum Thema Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg. Es passiert noch mehr, wenn man die Dinge gemeinsam angeht. Oder: gemeinsam können wir viel mehr erreichen!«

Dr. Miriam Freudenberger, Allianz für Beteiligung

Der Themenbereich **BETEILIGUNG UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT** spielte im Rahmen des Mottos des Beteiligungskongresses viel < mehr < gemeinsam eine große Rolle, denn die Stärkung demokratischer Strukturen kann nur gemeinsam bearbeitet werden. Auch hierzu gab es Berichte aus Projekterfahrungen, Vorträge und wissenschaftliche Expertisen sowie die Vorstellung von Formaten und Ansätzen, die dazu beitragen können, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Maßnahmen der Bürgerbeteiligung zu stärken. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Fragen:

- **Was bedeutet gesellschaftlicher Zusammenhalt? Wie ist die Situation in Baden-Württemberg?**
- **Wie kann gesellschaftlicher Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft aussehen?**
- **Wie kann gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort gelebt und befördert werden?**

VORTRAG:

GELEBTE DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT DURCH BÜRGERBETEILIGUNG.

Nora Hofstetter, Institute for Advanced Sustainability e.V., Potsdam

Wie kann Bürgerbeteiligung der repräsentativen Demokratie aus der Krise helfen? Welche Rolle spielen dabei Zuhören und Stereotype? Der Vortrag stellte dar, wie dialogorientierte Beteiligung die Demokratie revitalisieren und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken kann. Dazu muss sie insbesondere einen empathischen Austausch über soziale Grenzen hinweg ermöglichen, erklärte Nora Hofstetter. Eine Herausforderung dabei sind stereotype Muster des Zuhörens, die sie exemplarisch darstellte.

VORTRAG:

DIE DA OBEN – WIR DA UNTEN!« WIE STARK VERTRAUEN WIR DER POLITIK? WAS BEDEUTET DIES FÜR DIE DEMOKRATIE IN BADEN-WÜRTTEMBERG?

Sara Perry, Universität Mannheim

Die Vitalität einer Demokratie basiert auf der politischen Unterstützung ihrer Bürger_innen. Auf Basis der repräsentativen Ergebnisse des von der Baden-Württemberg Stiftung beauftragten Demokratie-Monitorings Baden-Württemberg thematisierte Sara Perry von der Universität Mannheim in ihrem Vortrag den Wandel und die Kontinuität von politischer Unterstützung in den Jahren 2013 – 2017. Trotz tiefgreifenden politischen Veränderungen haben sich die Einstellungen gegenüber der Landespolitik kaum verändert, obwohl die Unterstützung der Politik in Baden-Württemberg etwas gestiegen ist, so ein Ergebnis.

THEMENTISCH:

«NICHTS ÜBER UNS OHNE UNS« – MENSCHEN MIT GEISTIGER BEHINDERUNG ENTSCHEIDEN MIT.

Dorothea Horn, **Rainer Barth**, **Sabine Brugger**, **Erika Neff**, Netzwerk Behindertenhilfe Bodenseekreis

Im Arbeitskreis Beteiligung engagieren sich 15 Menschen mit geistiger Behinderung im Rahmen des Netzwerks Behindertenhilfe des Bodenseekreises und bringen dort ihre Interessen und Vorstellungen zur Umsetzung des Inklusionsgedankens im Bodenseekreis ein. Mit gewählten Vertreter_innen sind sie als gleichberechtigte Mitglieder in allen weiteren Gremien des Netzwerks aktiv. Auf dem Beteiligungskongress stellten sie ihre Arbeit vor und diskutierten gemeinsam mit den Teilnehmer_innen über gute Methoden und Maßnahmen, um Menschen mit Assistenzbedarf in Strukturen der Beteiligung zu führen.

THEMENTISCH:

BEGEGNUNG DURCH SPORT: DAS PROJEKT »SPORT MIT KNACKIS« IN DER JVA RAVENSBURG.

Prof. Michael C. Hermann, **Simon Wurst**, Pädagogische Hochschule Weingarten

Seit über 10 Jahren treffen sich Lehramtsstudierende der PH Weingarten und junge Gefangene der Justizvollzugsanstalt Ravensburg zum gemeinsamen Sport in der Gefängnisturnhalle. Wie das funktioniert, wie Gefangene am Leben »draußen« teilhaben können und was Studierende von den Insassen lernen können, war das Thema des Thementisches.

METHODENTISCH:

BETEILIGUNG SCHAFFT ZUGEHÖRIGKEIT: DER RUNDE TISCH AKTIONSPLAN INKLUSION STUTTGART.

Stefanie Riethmüller, Breuninger Stiftung

An einem »Runden Tisch« kommen mehrere Akteure mit unterschiedlichen Positionen und Interessen zusammen. Mit Hilfe der Moderation können die Akteure zusammen eine Lösung entwickeln und gemeinsam Veränderungen gestalten. Am Methodentisch wurde das Beteiligungsverfahren »Runder Tisch« beispielhaft anhand des Beteiligungsprozesses zur Erstellung des Fokus-Aktionsplans Inklusion in Stuttgart vorgestellt.

GESPRÄCH:

BÜRGERSTIFTUNGEN ALS PLATTFORM DER ZIVILGESELLSCHAFT

Dr. Helga Breuninger, Breuninger Stiftung;
Irene Armbruster, Bürgerstiftung Stuttgart

Nicht nur für die Bürgerstiftung Stuttgart gilt: Bei der Bürgerstiftung engagieren sich Bürgerinnen und Bürger mit Zeit, Geld, Ideen und sehr viel Herzblut für ihre Stadt. Das Besondere an Bürgerstiftungen ist, dass es immer viele Stifter und Stifterinnen sind und dass es immer um das Wohl des jeweiligen Gemeinwesens geht.

Helga Breuninger und Irene Armbruster setzen als Vorsitzende und als Geschäftsführerin – zusammen mit anderen – dieses Ziel konsequent um: Sie bringen alle an einen Tisch, um gemeinsam gute Lösungen zu finden. Das können neue Projekte sein – aber auch die Unterstützung von Netzwerken und Initiativen. Immer geht es dabei darum, zivilgesellschaftliche Initiativen auf die Plattform der Bürgerstiftung zu bringen und so zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen. Was dies konkret bedeutet und was so möglich wird, machten beide Gesprächspartnerinnen vor dem Hintergrund von 10 Jahren Erfahrung an vielen Beispielen deutlich.

VORTRAG:

SPINNEN DIE ODER SPINNE ICH? RECHTSPOPULISTISCHE GESPRÄCHSSTRATEGIEN – UND WIE WIR PRAKTISCH DAMIT UMGEHEN KÖNNTEN.

Mark Bottke, Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Der Vortrag von Mark Bottke thematisierte unter anderem, welche Kommunikationsmodelle/ Verteilungsmethoden den rechtspopulistischen Gesprächsstrategien zu Grunde liegen; welche Körpersprache/Status-Spiele dabei zum Einsatz kommen und welche Ängste und Vorurteile damit bedient werden. Gemeinsam mit den Teilnehmer_innen wurden Kommunikationswege entwickelt und Strategien erarbeitet, um Stammtischparolen begegnen zu können.

VORTRAG:

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT IN THEORIE UND PRAXIS: BEDEUTUNG, ENTWICKLUNGEN, STANDPUNKTE.

Dr. Regina Arant, Jacobs University Bremen

Mit dem Ziel, sozialen Zusammenhalt zu verbessern, erfasst das von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Projekt »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« seit 2012 die Güte gesellschaftlichen Zusammenhalts anhand eines Konzepts mit drei Kernbereichen. Der Vortrag von Dr. Regina Arant stellte u.a. zentrale Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in der Stadt Bremen und ihren Ortsteilen vor, diskutierte unter welchen Bedingungen Zusammenhalt vor Ort stark ist und warum hoher Zusammenhalt so wichtig ist.

GESPRÄCH:

DEMOKRATIE IN GEFAHR!? WIE KÖNNEN WIR GESELLSCHAFTLICHEN POLARISIERUNGEN ENTGEGENKOMMEN?

Dr. Joachim Drumm, Diözese Rottenburg-Stuttgart;
Paul Locherer, Bürgermeister von Amtzell a.D.

Gemeinde als Lebensraum für alle und als Gemeinschaft erlebbar zu machen, ist ein erfolgreicher Ansatz des Kümmerns und hilft, gesellschaftliche Polarisierungen zu vermeiden. Nach einer kurzen Einführung aus soziokultureller und kirchlicher Perspektive und dem Erfahrungsbericht aus kommunalpolitischer Sicht bot das Gespräch genügend Raum für einen Austausch mit den Referenten und den Teilnehmenden untereinander.

METHODENTISCH:

BETEILIGUNG IN ALTEN- UND PFLEGEEINRICHTUNGEN: DER RUNDE TISCH ZUR GESTALTUNG DER DACHTERRASSE AWO SALZÄCKER.

Michael Hanna, **Thomas Burghoff**, **Sonja Kreeb**, **Markus Spangenberger**, AWO Salzäcker

Der Methodentisch stellte vor, wie die Beteiligung an einem Runden Tisch in einer Altenpflegeeinrichtung funktionieren kann. Die Projektreferenten zeigten auf, welche Möglichkeiten, Ideen und auch Schwierigkeiten auftreten können. Der Runde Tisch wurde im Rahmen des Projektes einer Terrassenneugestaltung in einem Alten- und Pflegeheim erfolgreich durchgeführt.

THEMENTISCH:

MIT ALT UND JUNG EIN LEBENDIGES ZUSAMMENLEBEN GESTALTEN.

Sara Bode, Familienforschung Baden-Württemberg;
Johanna Benz-Spieß, Mehrgenerationenhaus Veringenstadt

Am Thementisch wurden die Erfahrungen aus dem Projekt »Netzwerk für Generationen« der Baden-Württemberg Stiftung dargestellt. Kommunen entwickeln mit Bürgerbeteiligung individuelle Lösungen, um ein lebendiges und aktives Gemeinwesen zu stärken, in das Menschen sich einbringen. Als Praxisbeispiel stellte Johanna Benz-Spieß aus Veringendorf die Entstehung und Arbeit der generationsübergreifenden Bürgergruppe »Veringen trifft sich« vor.

THEMENTISCH:

INTERRELIGIÖSER DIALOG ZWISCHEN JUNGEN CHRISTEN UND MUSLIMEN – EIN BEITRAG FÜR EIN GELINGENDES ZUSAMMENLEBEN.

Yasin Adigüzel, Evangelisches Jugendwerk in Württemberg

Das Evangelische Jugendwerk in Württemberg hat mit »FreeStyle« ein neues Freizeitformat für die interkulturelle Öffnung erprobt. Anliegen ist, für die Jugendarbeit das Potential sprachlicher, kultureller und religiöser Unterschiede zu entdecken und fruchtbar zu machen. Gemeinsam mit den Teilnehmer_innen wurde am Beispiel »Free Style« über Herausforderungen und Empfehlungen für ein gelingendes interreligiöses Miteinander diskutiert.

THEMENTISCH:

EIGENE STÄRKEN ENTFALTEN. WEITERGEBEN. VERNETZEN: DAS LOTS*INNEN-NETZWERK VON UND FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG.

Britta Schade, Zentrum selbstbestimmt Leben Stuttgart;
Ellen Keune, **Angela Rubens,** Lots*innen-Netzwerk

Menschen mit Behinderung und/ oder chronischer Krankheit des Lots*innen-Netzwerks stehen als Ansprechpartner_innen in ihrer jeweiligen Region zur Verfügung. Als Peers beraten, unterstützen und begleiten sie mit Behinderung lebende Menschen und suchen gemeinsam mit ihnen nach Lösungen für die jeweiligen Fragestellungen. Dieser Ansatz und ihre Erfahrungen damit wurden am Tisch vorgestellt.

THEMENTISCH:

PERSPEKTIVWECHSEL – ZUR BUNTEN GESELLSCHAFT! CSD IM DIALOG.

Christoph Michl, Interessensgemeinschaft Christopher-Street-Day

Die Interessensgemeinschaft CSD Stuttgart e.V. ist der Trägerverein des Christopher Street Day (CSD)-Kulturfestivals in der Landeshauptstadt Stuttgart. Der Thementisch beschäftigte sich mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt unter dem Aspekt der gelebten Vielfalt. Welche Maßnahmen fördern die Gleichberechtigung sowie Akzeptanz von Menschen jenseits der heterosexuellen Norm? Wie lässt sich ein offener Dialog darüber initiieren?

THEMENTISCH:

SOZIALE AUSGRENZUNG: ANGEBOTE UND UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR WOHNUNGSLOSE MENSCHEN

Petra Hübner, **Anton Heiser**, Diakonieverbund Dornahof & Erlacher Höhe e.V.

In unserer zunehmend komplexeren Gesellschaft wird es für immer mehr Menschen schwieriger, ihren Platz in der bürgerlichen Mitte zu halten bzw. wiederzuerlangen. Vielfach liegt der Grund in drohendem oder eintretendem Verlust von bezahlbarem Wohnraum. Hier ergänzt der Verein Erlacher Höhe e.V. sein bislang praxisorientiertes Angebot, und stellte dieses an einem der Thementische beim Beteiligungskongress vor.

GESPRÄCH:

GLEICHSTELLUNG, WOHNFORMEN, BILDUNG, TEILHABE

Stephanie Aeffner, Landesbehindertenbeauftragte Baden-Württemberg

Das Gespräch mit Stephanie Aeffner stellte die Frage in den Mittelpunkt, was Inklusion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten kann. Stefanie Aeffner, diskutierte gemeinsam mit den Teilnehmer_innen darüber, an welchen Stellen Menschen mit und ohne Behinderung die Gesellschaft bereits erfolgreich gemeinsam gestalten – und in welchen Bereichen in dieser Hinsicht noch Bedarfe bestehen. Dabei nahm das Gespräch Bezug auf die Themen Gleichstellung, Wohnformen, Bildung und Teilhabe im Allgemeinen.

VERANSTALTER

Allianz für Beteiligung

Die Allianz für Beteiligung ist ein Netzwerk von Akteur_innen in Baden-Württemberg, die sich für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Zivilgesellschaft einsetzen. Ziel des Netzwerks ist es, in Politik, Verwaltung und Wirtschaft ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass gesellschaftliche Herausforderungen mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern besser gemeistert werden können. Die Allianz bietet im Besonderen zivilgesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit, sich zu ihren Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Zudem macht sie gelungene Beteiligungsprojekte in Baden-Württemberg sichtbar und bietet Bildungsveranstaltungen an, in denen sie über Möglichkeiten und Verfahren guter Beteiligung informiert.

www.allianz-fuer-beteiligung.de

Baden-Württemberg Stiftung
WIR STIFTEN ZUKUNFT

Die Baden-Württemberg Stiftung setzt sich für ein lebendiges und lebenswertes Baden-Württemberg ein. Sie ebnet den Weg für Spitzenforschung, vielfältige Bildungsmaßnahmen und den verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Mitmenschen. Die Baden-Württemberg Stiftung ist eine der großen operativen Stiftungen in Deutschland. Sie ist die einzige, die ausschließlich und überparteilich in die Zukunft Baden-Württembergs investiert – und damit in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger.

www.bwstiftung.de

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

Für Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen und von jung bis alt wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass alle ihren Platz in der Gemeinschaft finden und sich entfalten können. Viele Menschen brauchen Hilfe bei Krankheit, Bedürftigkeit, in sozialen Notlagen, in ihrer familiären Situation, bei Arbeitslosigkeit, Ausgegrenztheit, bei Behinderung und im Falle von Diskriminierung, gleich welcher Art. Jeder soll im Bedarfsfall ein Optimum an Strukturen und Hilfsangeboten im sozialen und gesundheitlichen Bereich vorfinden. Neben der Erhaltung und Schaffung von Hilfestrukturen nehmen wir aber auch die Potenziale der Menschen jeglichen Alters in den Blick.

www.sozialministerium.baden-wuerttemberg.de

Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

Die Baden Württembergische Landesregierung meint es ernst mit mehr Bürgerbeteiligung. Deshalb hat sie auch das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung geschaffen. Ein Amt, das es so nur in Baden-Württemberg gibt. Staatsrätin Gisela Erler ist Mitglied im Kabinett und hat die Anliegen der Zivilgesellschaft und die Stärkung der Bürgerbeteiligung im Blick.

Die Staatsrätin versteht sich als Botschafterin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Ihre Aufgaben und Schritte auf dem Weg zur Beteiligungsdemokratie sind: Bürgerbeteiligung innerhalb der Landesregierung koordinieren und auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns verankern. Direkte Demokratie stärken. Austausch mit und Vernetzung von Akteuren und Initiativen. Überregionale Kooperationen, Beteiligungsprozesse und wissenschaftliche Begleitung anstoßen und fördern. Den Dialog und die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft intensivieren. Die Landesregierung möchte eine »Politik des Gehörtwerdens« umsetzen. Mehr und mehr soll diese neue Haltung auf allen Ebenen der Verwaltung zutage treten. Nach dem Gehörtwerden kommt die Antwort. Die bessere Antwortfähigkeit von Politik und Verwaltung ist daher ein weiteres Anliegen der Staatsrätin. Ein wichtiges Instrument ist der Planungsleitfaden. Dort sind die Grundzüge für gute Bürgerbeteiligung dargelegt.

www.beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de

UNTERSTÜTZER

Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung gehört zu den großen, unternehmensverbundenen Stiftungen in Europa. In ihrer gemeinnützigen Arbeit greift sie gesellschaftliche Themen frühzeitig auf und erarbeitet exemplarische Lösungen. Dazu entwickelt sie eigene Projekte und führt sie durch. Außerdem fördert sie Initiativen Dritter, die zu ihren Zielen passen. Die Robert Bosch Stiftung ist auf den Gebieten Gesundheit, Wissenschaft, Gesellschaft, Bildung und Völkerverständigung tätig. In den kommenden Jahren wird sie darüber hinaus ihre Aktivitäten verstärkt auf drei Schwerpunkte ausrichten: »Migration, Integration und Teilhabe«, »Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland und Europa« und »Zukunftsfähige Lebensräume«. Seit ihrer Gründung 1964 hat die Robert Bosch Stiftung mehr als 1,4 Milliarden Euro für ihre gemeinnützige Arbeit ausgegeben.

www.bosch-stiftung.de

FÜHRUNGSAKADEMIE BADEN-WÜRTTEMBERG

Seit 30 Jahren unterstützt die Führungsakademie Baden-Württemberg mit einem vielseitigen Angebot Führungskräfte in ihrer persönlichen und fachlichen Weiterentwicklung. Die Führungsakademie stellt dabei das Lernen an Hand von konkreten Projekten, die sich auf die Initiierung und Begleitung von spezifischen Veränderungsprozessen beziehen, in den Mittelpunkt ihres Handelns. Als Kompetenzzentrum für Personal- und Organisationsentwicklung berät, qualifiziert informiert und vernetzt sie – immer in engem Kontakt mit allen Beteiligten. Neben spezifischen Qualifizierungsreihen für Führungskräfte der Landesverwaltung bietet die Führungsakademie inzwischen auch eine Vielzahl von Themen von der Bürgerbeteiligung, über Veränderungsprozesse, Coaching, Strategieprozesse bis hin zur lageorientierten Führung im öffentlichen Sektor an.

www.diefuehrungsakademie.de

BREUNINGER STIFTUNG

Die Breuninger Stiftung wurde 1968 von dem Unternehmer Heinz Breuninger und seiner Tochter Dr. Helga Breuninger aus der Überzeugung heraus gegründet, dass es bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme in einer Demokratie auf das Zusammenspiel von Bürgern und Politik ankommt und dass Stiftungen dabei eine gestaltende Rolle einnehmen sollten. Aus der Überzeugung heraus, dass der notwendige Wandel nur als Bürgergesellschaft zu schaffen ist, trägt die Stiftung dazu bei, neue Formen der Partizipation zu schaffen und den einzelnen in seiner Verantwortung zu stärken. Die Mitarbeiter/innen der Stiftung initiieren Beteiligungsprozesse und bieten Plattformen und Orte, an denen sich Menschen begegnen können, um gemeinsam neue Lösungen zu entwickeln, die unser Leben zum Guten hin verändern können.

www.breuninger-stiftung.de , www.runde-tische.net

lpb Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist die zentrale überparteiliche staatliche Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg und wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Landtags von Baden-Württemberg und hat ihren Hauptsitz in Stuttgart. Für die regionale Arbeit unterhält die Landeszentrale Außenstellen in Freiburg im Breisgau und Heidelberg. Sie betreibt zudem das Tagungszentrum »Haus auf der Alb« in Bad Urach.

www.lpb-bw.de